

## Kommentar

## Müssen einfach anfangen

Von Xenia Schlögl

Wir schreiben das Jahr 2019.

Seit 100 Jahren haben Frauen das aktive und passive Wahlrecht. Für die heutige junge Frauengeneration kein Grund zu feiern. Ist das Desinteresse? Nein. Es ist für sie schlicht unvorstellbar, nicht wählen gehen zu dürfen. Für meine Generation der Babyboomer ist das Recht zu wählen auch eine Selbstverständlichkeit, aber ich bewundere die Hartnäckigkeit der Frauen vor 100 Jahren, die eine große Ungerechtigkeit beendet haben. Was uns heute eint, ist die Erkenntnis, dass die Gleichberechtigung der Frauen im Alltag noch immer an Grenzen stößt.

Es fehlt unserer Gesellschaft an Wertschätzung für arbeitende Frauen, wenn sie für die gleiche Arbeit einen niedrigeren Lohn als Männer erhalten. Es fehlt unserer Gesellschaft an Wertschätzung, wenn gut ausgebildete Frauen nicht die gleichen fairen Chancen wie Männer bekommen, ihre Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt unter Beweis zu stellen.

Und es fehlt unserer Gesellschaft an Vorstellungskraft, wie effektiv Frauen Beruf und Familie unter einen Hut bringen könnten, wenn flexible Arbeitszeitmodelle wie Jobsharing, Home Office oder Teilzeit angeboten würden. Die Entscheidung für Familie und Kind(er) darf die berufliche und finanzielle Zukunft von Frauen nicht mehr verschlechtern. Wenn Deutschlands Unternehmer von Fachkräftemangel sprechen, sollten ihre Blicke nicht nur ins Ausland gehen, sondern das Potenzial an weiblichen Arbeitskräften hier erkennen und in veränderte Strukturen jetzt investieren.

Die Generation Millennials drängt auf den Arbeitsmarkt. Sie pocht auf gerechte gesellschaftliche Teilhabe und verlangt Antworten. Die Generation der Entscheider lebt jedoch in Kategorien, die für Millennials nicht mehr gelten. Clara Zetkins jahrzehntelanger Kampf für das Frauenwahlrecht kam erst richtig in Fahrt, als sich weibliche und männliche Unterstützer zusammenschlossen. Der Blick in die Vergangenheit zeigt den Weg in die Zukunft: Netzwerke bilden! Ansichten teilen, liken und mit Followern die Gesellschaft gerechter gestalten.

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey sagte es in Rastatt klar und deutlich: Wir müssen einfach anfangen.



Rastatt (xs) – Bundesfrauenministerin Dr. Franziska Giffey kam, sprach und überzeugte. Anlässlich der SPD-Jubiläumsveranstaltung zu 100 Jahren Frauenwahlrecht gelang es den Organisatorinnen, der Bundestagsabgeordneten Gabriele Katzmarek und Stadträtin Inge Bellan-Payraut, die SPD-Politikerin nach Rastatt zu bringen. Die Ministerin betrachtete jeden der Ausstellertische in der vollen Aula des Ludwig-Wilhelm-Gymnasiums und kam mit den engagierten Frauen ins Gespräch.

In ihrer Funktion als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen konnte Bellan-Payraut 20 verschiedene Mädchen- und Frauenverbände sowie Hilfsorganisationen für die Veranstaltung gewinnen. Breitgefächert war das Informations- und Dialogangebot: „Wir freuen uns über dieses funktionierende Netzwerk. Frauen waren schon immer politisch, jetzt sind sie sichtbarer und ihre Anliegen transparent“, sagte sie.

Ob am Stand der Unternehmerinnen im Handwerk und Mittelstand oder beim Verein Feuervogel, Giffey stellte interessierte Fragen und hörte zu. Eine Herzensangelegenheit sei für sie der Ausstellertisch Bund Deutscher Hebammen. Bestens vorbereitet war Regina Heck, Lehrkraft an der Heb-

# Viel Anliegen finden Gehör

Bundesfrauenministerin Dr. Franziska Giffey bei SPD-Veranstaltung in Rastatt



Über Verbesserungen für Hebammen sprechen Franziska Giffey (links) und Regina Heck vom Bund Deutscher Hebammen. Foto: xs

ammenschule in Karlsruhe. Sie stellte Verbesserungsvorschläge vor: Aufwertung des Berufs, Änderungen von Personalstrukturen in Kliniken und den Wunsch nach breiter gesellschaftspolitischer Unterstützung von Familien. Giffey verwies auf das Familienentlastungsgesetz, das am 1. Juli in Kraft trete. Aber es gebe noch einiges in diesem Bereich zu tun, stimmte die Ministerin zu.

Giffey verhehlte nicht ihre Sympathie für das Volksbegehren „Beitragsfreie Kitas“ der SPD Baden-Württemberg und der JuSos, die mit zwei Ständen vertreten waren. Sie zeigte sich sicher, dass das Gute-Kita-Gesetz den Kommunen bei Investitionen in Kitas helfen

werde: „Hier vor Ort wird Politik umgesetzt.“ Emelie Knöpfle, JuSo-Vorsitzende für Rastatt/Baden-Baden, war begeistert vom Auftreten der Bundesfamilienministerin. Giffey sei inspirierend und spreche auch die Menschen außerhalb der Partei an. Das Jubiläum 100 Jahre Frauenwahlrecht berühre Knöpfle weniger. Das Recht wählen zu gehen, sei für ihre Generation selbstverständlich. Wichtiger sei es, die Ungerechtigkeiten für Frauen in der heutigen Arbeitswelt anzugehen, betonte sie.

Diese Meinung teilten Sabrina Schröder, Lea Weber und Laura Kolsch vom Arbeitskreis Mädchenarbeit im Landkreis Rastatt. Die Sozialarbeiterin-

nen machten deutlich, dass weibliche Führungskräfte stark unterrepräsentiert seien. Für Bundesfamilienministerin Giffey ist die Frauenquote ein faires Mittel. Die Politik habe zu lange auf die Freiwilligkeit der Unternehmen gesetzt.

Um den Mangel an Erziehungskräften zu begegnen, gehe Baden-Württemberg mit gutem Beispiel voran. Seit Einführung einer Praxisintegrierten Ausbildung für Erzieher (PIA), bekommen Auszubildende ab dem ersten Ausbildungsjahr eine Vergütung. Erna Mühlroth, Erzieherin am

Scherer Kinder- und Familienzentrum, forderte am Stand der LAG Mehrgenerationenhäuser die Ministerin auf, das System PIA flächendeckend einzuführen: „Interessierte Bewerber seien da, aber das unfaire Entlohnungsmodell in der Ausbildung schrecke viele ab.“

Ob beim Deutschen Gewerkschaftsbund Nordbaden, Sozialdienst Katholischer Frauen, Landfrauenverein oder beim Soroptimist International Club, ein Pulk von Menschen begleitete die Ministerin von Stand zu Stand. Die Aussteller waren sichtlich zufrieden, dass ihre Anliegen Gehör fanden. Die Organisatoren der Veranstaltung freuten sich über den großen Zuspruch.